



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 73752

Fax: (030) 227 – 76250

E-Mail: mechthild.rawert.ma03@bundestag.de

www: www.mechthild-rawert.de

Pressemitteilung

15.11.2007 | Gesellschaftspolitische Debatte zur HPV-Impfung nötig

Anlässlich einer frauengesundheitspolitischen Veranstaltung im Bundestag am 13. November erklärt Mechthild Rawert, Berichterstatterin der SPD-Fraktion für Frauengesundheit:

„Bei der HPV-Impfung zur Vorbeugung von Gebärmutterhalskrebs dürfen wir die Aufklärungsarbeit nicht allein den Herstellerfirmen des Impfstoffes überlassen. Zwar stellt die Entwicklung der beiden Impfstoffe unbestreitbar einen medizinischen Fortschritt dar. Allerdings ergeben sich aus der umfangreichen Bewerbung und der Anwendung der Impfstoffe zahlreiche Fragen an die gesundheitspolitischen Akteure im Hinblick auf eine qualitätsorientierte Gesundheitsversorgung insbesondere von Mädchen und Frauen.

Durch massive Werbung seitens der Impfstoffherstellerfirmen werden Mädchen und junge Frauen sowie deren Eltern in den Glauben versetzt, dass eine Impfung zwingend geboten ist, um sie dauerhaft vor Gebärmutterhalskrebs zu schützen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass sich viele Frauen und auch Männer in ihrem Leben mit humanen Papillomaviren (HPV) infizieren. Jedoch verlaufen diese Infektionen zumeist ohne weitere Folgen, da unser Körper bei gutem Immunzustand die Infektion abwehren kann. Die HPV-Impfung ist auch in Fachkreisen umstritten, zumal die Befürchtung besteht, dass viele Mädchen und junge Frauen vorhandene Angebote zur Vorsorge- bzw. Früherkennung als überflüssig betrachten. Die Art und Weise, wie die Hersteller durch ihre Werbung mit den Wünschen nach Gesundheit und den Ängsten vor einer Krebserkrankung spielen, ist deshalb ethisch eher fragwürdig.

Es ist zu befürchten, dass eine solche, für die jeweiligen Hersteller im Übrigen sehr gewinnbringenden Werbestrategien auch auf andere Medikamente übertragen werden können. Angesichts der kostentreibenden und medizinisch nicht immer abschließend geprüften Wirkungen wäre dies jedoch sehr bedenklich. Denn die einseitig positive Darstellung von Medikamenten hat dann zur Folge, dass ein unnötiger Medikamentenkonsum noch weiter gefördert, dass über die tatsächliche Notwendigkeit, den Nutzen und die Nebenwirkungen nicht hinreichend informiert und aufgeklärt wird und dass wichtige Angebote zu Vorsorgeuntersuchungen seltener genutzt werden. Auch in Zukunft muss es deshalb das Ziel sein, dass eine patientinnenorientierte Information und Beratung über empfehlenswerte oder notwendige medizinische Maßnahmen in den Händen der behandelnden Ärztinnen und Ärzte bleibt. Darüber hinaus sind - auch aus verbraucherpoltischer Sicht - die bestehenden unabhängigen PatientInnenberatungsstellen stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

In den meisten Broschüren zur Information über die HPV-Impfung wird suggeriert, dass durch die Impfung ein hundertprozentiger und lang andauernder Schutz vor einer Erkrankung an Gebärmutterhalskrebs besteht. Aufgrund der vorliegenden Daten ist nicht erwiesen, ob der Schutz vor einer HPV-Infektion überhaupt länger als fünf Jahre anhalten kann. Darüber hinaus wirkt der Impfstoff gesichert nur gegen einige bestimmte humane

Papillomaviren, die mit der Veränderung des Gebärmutterhalsgewebes in Zusammenhang stehen. Jedoch kennt die Wissenschaft mittlerweile aber über 100 mehr oder weniger gefährliche HPV-Typen, und man weiß nicht, inwieweit Veränderungen der HPV-Typen neue Impfstoffe nötig machen werden. Offen bleibt auch, wann und in welchem Umfang Wiederauffrischungsimpfungen notwendig sind. Hierfür braucht es bevölkerungsorientierte Studien, die den Frauen einen vertrauenswürdigen Aufschluss über den tatsächlichen Nutzen und das Risiko der HPV-Impfung geben können. Einzufordern ist eine stärkere Patientinnenorientierung.

Zudem ist im Vergleich zu anderen Krankheiten das Risiko, an Gebärmutterhalskrebs zu erkranken und zu sterben, relativ gering. Im vergangenen Jahr sind laut Statistischem Bundesamt rund 1.500 Frauen an Gebärmutterhalskrebs gestorben, dagegen aber beispielsweise 9.600 Frauen an Dickdarmkrebs, 17.300 an Brustkrebs und 73.800 an einem Herzinfarkt.

Fraglich ist auch, ob sich die Kosten der HPV-Impfung auf die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung auswirken werden. Für die BARMER-Ersatzkasse Berlin erhöhen sich die derzeit angesetzten jährlichen Gesamtausgaben für Impfleistungen von etwa vier Millionen Euro auf insgesamt 8,7 Millionen Euro, sofern sich alle bei der BARMER versicherten Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren der HPV-Impfung unterziehen. Mögliche Kostenreduzierungen beispielsweise durch Rabattverhandlungen sind nach Angaben von KassenvertreterInnen am Unwillen der Herstellerfirmen gescheitert, und das, obwohl eine vollständige Impfung in Australien nur 290 Euro kostet, während in Deutschland 450 Euro zu zahlen sind. Möglicher Grund dafür ist, dass einzelne Krankenkassen mit einer offensiven Werbestrategie die Kostenübernahme für die HPV-Impfung propagiert haben und dass die Impfung sehr schnell in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen aufgenommen wurde.“

„Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs“ war das Thema der Auftaktveranstaltung der frauengesundheitspolitischen Reihe „Treffpunkt Bundestag: Politisch verantwortlich, persönlich betroffen“ am 13. November 2007. Es informierten aus medizinischer Sicht Prof. Dr. Martina Dören, Leiterin des Klinischen Forschungszentrums Frauengesundheit in der Charité - Universitätsmedizin Berlin, deren wissenschaftliche Arbeit u.a. die Nutzen-Risikobewertung von Arzneimitteln bei Frauen umfasst, sowie aus pharmakologischer Sicht Dr. Ulrike Faber, die als Pharmazeutin in der Stabsstelle Arzneimittel der BARMER Ersatzkasse Berlin - Brandenburg tätig ist.

Die Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Bundestag: Politisch verantwortlich, persönlich betroffen“ ist von Mechthild Rawert, MdB, und Birgit Fischer, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BARMER Ersatzkasse, ins Leben gerufen worden. Medizinische und politische Themen aus dem Bereich Frauengesundheit stehen im Mittelpunkt der Reihe. Zielgruppe sind insbesondere Frauen in politisch verantwortungsvollen Positionen aus vielfältigen gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen.